



Straße der Zwietracht

Vielleicht haben Sie sich gerade ein schönes, kleines Haus gebaut. In einigen Jahren werden die Raten abbezahlt sein und dann wird vielleicht die eine oder andere Reparatur fällig. Damit rechnen Sie. Dass sie aber auch den Umbau der Straße vor ihrem Haus mit vielen tausend Euro mitbezahlen müssen, haben manche der Anlieger der **REINHÄUSER LANDSTRASSE** vor kurzem zum ersten Mal gehört. Viele fragen sich auch so, wie sie den Umbau überstehen sollen. In Geismar hat eine hitzige Debatte um die Finanzierung unserer Straßen begonnen...

In den fünfziger Jahren hieß diese Straße noch Reinhäuser Allee. Rechts und links standen schöne, alte Bäume. Ulrike Hettenhausen-Krüger blickt aus dem Schaufenster ihres Juwelierladens. Früher, erzählt sie, war das der Laden ihres Vaters, der hier Rohre und Wasserhähne verkaufte. Gleich daneben steht ihr Elternhaus. Als sie noch jung war, wurden die Bäume gefällt und man benannte die Straße, die jetzt keine Allee mehr war, um. Sie machte eine Ausbildung bei einem Juwelier am Marktplatz. In ihrer Straße wurde gebaut, neue Reihenhäuser, Tankstellen und Supermärkte entstanden. Als ihr Vater in Rente ging, baute sie seinen Laden um und eröffnete ihr eigenes Geschäft. Das war kurz vor dem Mauerfall. Seitdem passt sie für ihre Kunden Silberketten an, reinigt Perlen aus dem Familienerbe und repariert Taufleuchter. Vor zwei Jahren hat sie

den Blumenladen nebenan übernommen und eine Floristin eingestellt, weil sie keine neuen Mieter fand. Viele ihrer Stammkunden nehmen seitdem noch einen Blumenstrauß mit, bevor sie wieder in ihr Auto steigen.

Die Straße wird umgebaut und jeder Anlieger wird dafür eine Rechnung bekommen: 38 Prozent, also 900.000 Euro der Baukosten sollen die Grundstückseigentümer bezahlen.

Ulrike Hettenhausen-Krüger kennt diese Straße wie keine andere. Jetzt wird sie vielleicht gezwungen sein, von hier fortzuziehen. Die Straße wird umgebaut und jeder Anlieger wird dafür eine

Rechnung bekommen. 25.000 Euro soll sie dann an die Stadt bezahlen. 38 Prozent, also 900.000 Euro der 2,2 Millionen Euro Baukosten sollen die Grundstückseigentümer bezahlen. Nach der „Straßenausbaubeitragssatzung“ der Stadt Göttingen ist das sogar der geringste Satz, den Anlieger einer Straße zahlen müssen, weil es sich um eine Bundesstraße mit viel Durchgangsverkehr handelt. Bei Anliegerstraßen sind es 75, bei Straßen mit starkem innerörtlichem Verkehr immerhin noch 40 Prozent. Die Besitzer der angrenzenden Grundstücke werden ihren Beitrag leisten müssen, je nachdem, wie viel Land sie besitzen, wie es bebaut und genutzt ist. Die Juwelierin hat das Geld nicht, und wenn jetzt, nach Ostern, der Umbau beginnt, wird sie es noch weniger haben. Bis August 2009 hat sie dann eine Baustelle vor der Tür. Nicht alle Kunden werden es in Kauf

Die Anlieger sollen den Umbau der Reinhäuser Landstraße mitfinanzieren. Manche sehen dadurch ihre Existenz gefährdet.

son. Würde man vor jedem Umbau die Anlieger fragen, könnte vermutlich keine einzige Straße umgebaut werden – und im Einzelfall lasse die Stadt ja durchaus mit sich reden, um beispielsweise eine Stundung der Beiträge abzusprechen. Was wann umgebaut wird, entscheidet der Rat, so Johannson „schließlich leben wir in einer repräsentativen und nicht in einer direkten Demokratie“. Er erinnert daran, dass die Entscheidung über den Umbau bereits vor einigen Jahren gefallen ist und der Umbau im ersten Straßenabschnitt schon abgeschlossen wurde. Auch hier mussten die Anwohner zahlen. „Das ist eine Frage der Solidarität“, sagt er. „Haben wir Anlieger erster und

zweiter Klasse? Alle müssen nach dem gleichen Kostenschlüssel ihren Beitrag leisten.“

Johannson argumentiert mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung. Mit dem gleichen Grundsatz möchte der Anwalt Hannes Joachim Synofzik gegen die Kostenbeteiligung vorgehen. Bundesstraßen wie die Reinhäuser Landstraße werden in Gemeinden, die weniger als 80.000 Einwohner haben, vom Bund bezahlt, bei größeren Gemeinden muss die Stadt selber für einen Teil der Kosten aufkommen – und kann sie teilweise umlegen auf die Anlieger. „Das ist eine Ungleichbehandlung der Gemeinden“, sagt Synofzik. Er möchte die Betroffenen ermutigen, gegen die Stadt zu >>

nehmen, einen Umweg zu fahren oder zu Fuß zu kommen. Wenn sie daran denkt, bekommt sie Panik.

Mit ihren Ängsten ist sie nicht allein. Ein paar Meter weiter oben, zwischen Kiesseestraße und Reinhäuser Straße, hat Jürgen Böttger eine Kleingartensiedlung. Für sein 32.000 Quadratmeter großes Grundstück muss er zum Umbau 127.000 Euro dazubezahlen. Mehr als zwanzig Jahre hat der Rentner gebraucht, um so viel an Pacht für die Grundstücke einzunehmen. Er müsste einen Kredit aufnehmen, um den Straßenbau zu bezahlen, den er aus den Einnahmen zu Lebzeiten wohl kaum abbezahlen kann. Die Pacht darf er nicht erhöhen, die legt der Kleingärtnerverband fest. Pro Quadratmeter und Jahr sind das nur 22 Cent. „Ich habe der Stadt angeboten, ihr das Grundstück zu verkaufen“, sagt er. „Aber die hat kein Interesse an einem Kauf. Einen anderen Käufer werde ich kaum finden, weil die Stadt nicht erlaubt, das Gelände anders zu nutzen, es gehört zum grünen Gürtel der Stadt.“ Dabei wollte er es eigentlich gar nicht verkaufen. Jetzt, wo er sich für das Gelände hoch verschulden muss, wird er es noch nicht einmal verschenken können. „Das Verpachten von Kleingärten“, sagt er, „ist mehr eine soziale Aufgabe als eine Geldquelle“.

„Das ist eine Frage der Solidarität“, sagt der Sprecher der Stadt Göttingen, Detlef Johannson. „Haben wir Anlieger erster und zweiter Klasse? Alle müssen nach dem gleichen Kostenschlüssel ihren Beitrag leisten.“

Jürgen Böttgers gehört zu denen, die von der Kostenbeteiligung mit Abstand am härtesten betroffen sind. Was er mit einem Kredit mitfinanzieren soll, kann die Stadt nicht alleine tragen, argumentiert der Stadtsprecher Detlef Johann-

Betroffen:

Wolfgang Koch, Fotograf und Geschäftsinhaber auf der Reinhäuser Landstraße



Die Reinhäuser Landstraße soll bis Ende August 2009 umgebaut werden. Finden Sie das gut?

Prinzipiell ist es in Ordnung, dass die Straße ausgebaut und wieder schick gemacht wird. Jetzt sieht sie wirklich nicht besonders schön aus. Unverschämmt ist aber, dass unser Vermieter einen unzumutbaren Betrag zum Umbau dazubezahlen soll.

Die Stadt argumentiert, dass nach geltendem Recht die Anlieger von Bundesstraßen 38 Prozent der Kosten tragen müssen.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass das rechtens ist – gerecht ist es jedenfalls nicht. Wofür zahlen wir schließlich Steuern? Wenn ich meinen Kindern das Steuersystem erkläre, nenne ich doch den Straßenbau als ein erstes Beispiel.

Hat die Stadt vor dem Umbau nicht mit den Anliegern gesprochen?

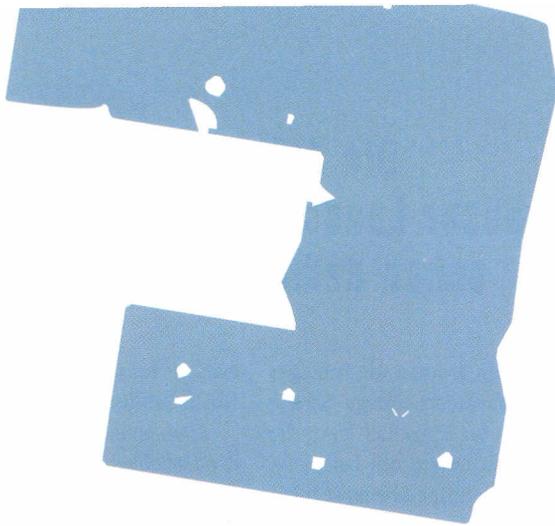
Wir haben im letzten Jahr einen Brief bekommen, darin wurden wir über die Planungen informiert. Unser Vermieter wurde dann noch zu einem Informationsgespräch eingeladen. Aber wie der Umbau praktisch umgesetzt werden soll, beispielsweise, ob unsere Kunden die Parkplätze weiter nutzen können, darüber haben wir nichts erfahren. Es wäre gut gewesen, wenn jemand von der Stadt vorbeigekommen wäre, um mit uns zu sprechen.

Befürchten Sie, dass viele Kunden während des Umbaus nicht mehr kommen?

Es wird bestimmt Einbußen geben. Wenn das wirklich fünfzig Prozent sind, wie manche Geschäftsinhaber hier befürchten, dann ist das keine Durststrecke, sondern das Aus.

Hoffen wir einmal, es wird nicht ganz so schlimm. Könnten nach dem Umbau mehr Kunden kommen, wenn die Straße schöner ist?

Die Geschäftsinhaber sind diejenigen, die langfristig von dem Umbau profitieren werden. Die Anwohner dagegen haben kein Interesse an noch mehr Durchgangsverkehr, und während des Umbaus müssen auch sie den Lärm und Staub ertragen. Die Anwohner sind die Hauptleidtragenden des Umbaus.



Dafür:

Rolf-Georg Köhler, Geschäftsführer der Städtischen Wohnungsbau GmbH Göttingen



Herr Köhler, Sie sind einer der größten Vermieter in Göttingen. Von der ersten Umbauphase der Reinhäuser Landstraße waren drei Ihrer Häuser betroffen, darunter Ihr Verwaltungsgebäude. Was haben Sie gedacht, als Sie die Rechnung für den Straßenbau in Ihrer Post hatten?

Ich war nicht überrascht davon, wir haben das ja gewusst. Wir bilden immer Rücklagen für solche Kosten. Und die Rechnung kam ja auch erst, als die Baumaßnahmen beendet waren, wir hatten also genug Zeit, das zu kalkulieren.

Die Bauzeit war deutlich länger als ein Jahr...

Das ist immer das Problem bei solchen Großbaustellen, dass sie nicht von heute auf morgen wieder geschlossen werden. Aber das ist eben so. Alle Menschen wollen eine schöne Straße haben, aber es soll immer hopplahopp gehen.

Sie und die anderen Anwohner haben zu 38 Prozent eine Bundesstraße finanziert, die aber hauptsächlich dem Durchgangsverkehr dient. Ist das für Sie in Ordnung?

Nun, so steht es im Gesetz. Die Stadt Göttingen hat ihren Anliegern viel länger als die meisten anderen Städte für Bundesstraßen nichts berechnet. Das wurde vor wenigen Jahren geändert und auch öffentlich gemacht. Man kann Gesetze nicht ständig ändern, auch wenn es immer jemanden gibt, der nicht einverstanden ist.

Einige Anlieger sehen durch die Kosten jetzt ihre Existenz gefährdet.

Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass besonders die Besitzer von Einfamilien- und Reihenhäusern dort, die nur wenige Rücklagen haben, jetzt alles andere als glücklich sind. Aber man muss auch die Situation der öffentlichen Hand sehen, die ist nicht gerade rosig. Und wir mussten auch zahlen, warum sollten dann die Anlieger im hinteren Teil der Reinhäuser nicht den Straßenbau mit finanzieren?

Zum Beispiel, weil Kanalarbeiten mindestens teilweise durch die Kanalgebühren abgedeckt sein sollten.

Dann reißt man die Straßen auf, flickt sie wieder und erneuert die Straßendecke später? Ich kann mir nicht vorstellen, dass das günstiger sein soll. Es ist wirtschaftlich nur sinnvoll, beide Arbeitsschritte zu bündeln.

» klagen – „eine Klage, die mit einem entsprechenden Gutachten sehr gute Chancen hätte“. Die Anlieger, sagt er, könnten nicht gezwungen werden, 38 Prozent der Kosten zu tragen, wenn sie die Straße bei weitem nicht in diesem Umfang nutzen. Nach Berechnungen der Göttinger FDP, die den Widerstand unterstützt, müsste jeder Anwohner die Straße dann jeden Tag 110 Mal befahren – eine absurde Annahme.

Gerichtlich vorgehen gegen die Stadt will auch Gerhard Schulz, einer der Anlieger. Er ist der Ansicht, dass die Stadt mit einem Trick einen Teil der Kosten auf die Anlieger umverteilen will: Kanalerneuerungen, die nach EU-Recht bis Ende 2009 gemacht werden müssen, würden als Vorwand für eine Straßenerneuerung genutzt. Normalerweise müssten die Anlieger nur die Anschlüsse an ihren Häusern zahlen. Das sieht Schulz durchaus ein. Aber für die Kanalerneuerung „zahlen wir ja Kanalnutzungsgebühren. Der Umbau der Straße ist eine ganz andere Geschichte, man könnte die Kanäle auch gut ohne Umbau erneuern“. Seine Nachbarin Gerlinde Sheehan-Weiß teilt diese Ansicht und sieht im Umbau für sich und ihre Nachbarn eher Nachteile: „Die Fahrradwege werden auf die Fahrbahn verlegt, das ist viel gefährlicher als vorher. Ich soll für etwas zahlen, ohne irgendetwas entscheiden zu können.“

Die Anwohner fürchten Verschlechterungen der Verkehrsführung, während die Geschäfte mehr Angst vor Umsatzeinbußen haben. Im letzten Jahr wurde der Umbau der Langen Geismarstraße abgeschlossen. Hier hatten die meisten Händler in der Umbauphase Einbußen zwischen 10 und 30 Prozent. Sie sind alle froh, dass der Umbau mit dem Lärm, Staub und blockierten Zuliefereingängen vorbei ist. Doch Ulrich von Knoblauch, der das Papiergeschäft „Folio“ führt, sieht den Einzelhandel mehr aus anderen, strukturellen Gründen gefährdet – und wie viele seiner Kollegen betont auch er die Vorteile, die der Umbau der Straße für sein Geschäft hatte. Auch hier mussten die Vermieter die Straße mitbezahlen, trotzdem musste keines der Geschäfte nach dem Umbau Konkurs anmelden.

Kleine Läden, denen kein Konzern den Rücken stärkt, sind am meisten gefährdet – manchmal schon von einem fehlplatzierten Bauwagen.

Doch die Geschäfte der Innenstadt waren auch während des Umbaus gut zu Fuß erreichbar. Boutros Aljouni hatte einen Bioladen im Friedländer Weg und weniger Glück. Er hatte während des Umbaus seiner Straße 2005-2006 Umsatzeinbußen von bis zu 50 Prozent – und musste den Laden danach aufgeben. Dabei hatte er als Mieter die Kosten noch nicht einmal mittragen müssen. Dass Straßenumbauten sein müssen, leuchtet ihm ein – „aber die Stadt sollte mit den Händlern sprechen und den Ablauf mit ihnen koordinieren.“ Bei ihm hatte der Straßenbau gerade angefangen,



vorsteht: Schmutz- und Regenwasser soll von nun an getrennt werden, und jedes Haus braucht ein neues Anschlussventil, weil unter der Reinhäuser Landstraße ein neues, dickeres Abwasserrohr verlegt wird, in dem ein starker Druck entstehen kann. Die Kosten für die Umbauten direkt am Haus kommen zu dem, was die Anlieger für die Straße zahlen sollen, noch hinzu. Auch Frank Wucherpfennig hat Angst vor Umsatzeinbußen. Aber er ist optimistischer als seine Nachbarin mit ihrem Juwelierladen. Wenn der Umbau kommt, wird er einen Würstchenstand aufbauen, direkt an der Straße, und Mittagstisch für die Bauarbeiter anbieten. Ob die dann nach Feierabend nebenan bei Hettenhausen auch Blumen und Silberketten für ihre Ehefrauen kaufen, wird sich zeigen.

// TEXT: FRIEDRIKE RÜHL / FOTOS: PHOTOCASE.DE

als nach dem Sommerloch die Kunden eigentlich wieder gekommen wären, hätten sie sein Geschäft mit dem Auto erreicht. Dann stand der Bauwagen Wochen lang direkt vor dem Eingang zu seinem Laden. „Mir hat im Umgang mit der Stadt die Menschlichkeit gefehlt“ sagt er heute. Kleine Läden wie seiner, denen kein Konzern den Rücken stärkt, sind am meisten gefährdet – manchmal schon von einem fehlplatzierten Bauwagen.

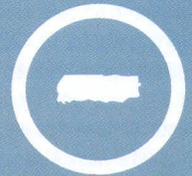
Noch fließt der Verkehr in der Reinhäuser Straße tagsüber ungestört. Nur in der Rush hour, morgens und nachmittags, gibt es wie immer lange Staus. Die einzige Baustelle ist vor dem Fleischerladen von Frank Wucherpfennig. Das Loch ist schon wieder zu, er verlegt noch die letzten Pflastersteine. Er hat extra Betriebsurlaub genommen, um sich für den Umbau zu rüsten und zu erledigen, was allen anderen Anliegern noch be-



Dagegen:

Kornelia Krickhahn,

Werbegemeinschaft Geismar-Treuenhagen



Frau Krickhahn, warum sind sie gegen den Umbau der Reinhäuser Landstraße?

Weil es ein Umbau und eben kein Ausbau ist. Es wird nichts unternommen, damit der Verkehr erträglicher wird, die Straße wird nur aufgerissen und nachher ein bisschen schöner wieder zugemacht.

Wenn sie breiter ausgebaut würde für mehr Verkehr, hätten die Anwohner auch nichts davon, oder?

Die beste Lösung für die Anwohner und die Autofahrer, die hier jeden Tag im Stau stehen, wäre die Südumgehung. Das muss die Stadt endlich einmal angehen – und zwar vor dem Umbau hier, um ein Verkehrschaos während der Bauzeit zu vermeiden.

In der Planungsphase hat die Stadt mit den betroffenen Bürgern gesprochen. Wurden deren Anregungen für den Umbau denn nicht einbezogen?

Die Betroffenen, die jetzt schon jeden Tag unter dem Verkehr zu leiden haben, waren bei den Entscheidungen nicht ausschlaggebend. Diese Treffen sollen den Anschein von Einbeziehung wahren, aber sie bewirken nichts.

Immerhin wurden die Betroffenen über das informiert, was sie erwartet.

Ja, aber viel zu knapp und sehr bruchstückhaft. Für die Geschäfte beispielsweise waren die drei Monate Vorbereitungszeit viel zu wenig. Und wenn es um konkrete Sachen wie den Baubeginn geht, erfahren die Anwohner das erst aus der Presse.

Die Anlieger sollen fast vierzig Prozent des Umbaus bezahlen...

Das ist ein Skandal! Wenn nur die Stadtwerke ihre Kanalbauten durchführen würden, was ja definitiv gemacht werden muss, müssten sie die Kosten tragen und die Anwohner müssten nur die Umbauten direkt an ihrem Haus bezahlen. Der Umbau der Straße selbst ist ein Vorwand, um die Bürger jetzt bluten zu lassen. Dabei hätte die Stadt für solche Umbauten Rücklagen bilden müssen.

Sicher ist der ein oder andere Politiker selbst Hauseigentümer, kann man da kein Mitgefühl erwarten?

Die Leute, die im Rat sitzen, wohnen fast alle im Ostviertel, wo es schön ruhig ist. Die können gar nicht nachvollziehen, wie es ist, hier zu wohnen.